

»Graz hilft«

Unbürokratischer Sozialfonds für Menschen in Notlagen

Auf Antrag von Bürgermeisterin **Elke Kahr** hat der Grazer Stadtsenat einstimmig beschlossen, den Sozialfonds „Graz hilft“ im Jahr 2023 weiterzuführen und mit 300.000 Euro auszustatten. Der Fonds wurde 2020 als freiwillige Leistung eingeführt, um Grazerinnen und Grazer in Notlagen zu unterstützen.

Um „Graz hilft“ treffsicherer und unbürokratischer zu machen, wurden Anfang des Vorjahres auf Initiative der Bürgermeisterin die Richtlinien verändert, um auf Notlagen schnell und gezielt reagieren zu können. Von 2021 auf 2022 haben sich die Auszahlungen verdoppelt. Sehr oft führen die stark gestiegenen Kosten für Miete, Strom, Heizung und Schule zu finanziellen Engpässen.

Angesichts der zahlreichen Notlagen im Zusammenhang mit den stark gestiegenen Energiekosten, von denen auch viele Haushalte betroffen sind, die bisher nie öffentliche Hilfeleistungen in Anspruch genommen haben, hat sich der Sozialfonds als wichtiges Instrument erwiesen, um schnell helfen zu können, wo es nötig ist.

Bürgermeisterin Elke Kahr: „Die starke Teuerung macht Instrumente wie den Sozialfonds ‚Graz hilft‘ unverzichtbar. Wir können die Augen nicht vor den vielen Problemen verschließen, vor denen leider



Der Sozialfonds „Graz Hilft“ unterstützt Menschen, die in Notlagen geraten sind. Er wurde erneut aufgestockt, erklärt Bürgermeisterin Elke Kahr (KPÖ).

FOTO: GOSTENTSCHNIGG

viele Menschen nicht nur in unserer Stadt stehen. So können alle Hilfe bekommen, die sie brauchen.“

Klubförderung der Parteien gekürzt

Schon Ende 2021 kürzte die Koalition aus KPÖ, Grünen und SPÖ erstmals die Klubförderung für alle im Rathaus vertretenen Parteien um zehn Prozent. Die dadurch freigegebenen Mittel in der Höhe von über 120.000 Euro wurden für den städtischen Sozialfonds

„Graz hilft“ zweckgewidmet. Um weitere zehn Prozent wurden sie 2022 gekürzt.

Elke Kahr hat den Sozialfonds nun auch treffsicherer und unbürokratischer gestaltet. Entscheidungen über Unterstützungen bis zu 1.500 Euro werden direkt im Sozialamt getroffen. Ein Beschluss durch eine vorberatende Kommission im Rathaus ist nicht mehr nötig. Dadurch entfällt der langwierige Entscheidungsprozess und Betroffenen kann wesentlich schneller geholfen

werden. Lediglich bei Leistungen über 1.500 Euro fällt die Entscheidung im Stadtsenat.

Die Unterstützung muss nicht an die Stadt zurückgezahlt werden und Hilfe kann nun einmal im Jahr gewährt werden statt wie bisher nur einmal in fünf Jahren. Nicht anspruchsberechtigt sind Asylwerber:innen und Personen, die nicht zu einem mehr als dreimonatigen Aufenthalt in Österreich berechtigt sind.

Infos und Ansuchen unter: [graz.at/grazhilft](https://www.graz.at/grazhilft)

Graz hebt Zuschuss zur mobilen Pflege an



FOTO: P.X.HIERE

Niemand soll gezwungen sein, ins Heim zu gehen, nur weil er sich mobile Pflege nicht leisten kann. Darum sichert eine Zuzahlung der Stadt Graz seit 2018, dass pflegebedürftigen Menschen – unabhängig davon wieviel Hauskrankenpflegeleistungen sie in Anspruch nehmen – jedenfalls die Mindestpension bleibt. Mit Jahreswechsel stieg



diese von 977 auf 1.053 Euro. „Für pflegebedürftige Grazerinnen und Grazer ist so eine merkliche Verbesserung erreicht worden“, sagt Pflegestadtrat **Robert Krotzer** (KPÖ), der dieses Modell in Graz eingeführt hat. Nun soll das Erfolgsmodell durch den jahrelangen Druck der KPÖ bald auf die gesamte Steiermark übertragen werden.

Graz an Bundesregierung: Mieter:innen entlasten!

Nachvollziehbare Mietobergrenzen und die Abschaffung der Befristung von Mietverträgen – das fordert der Gemeinderat der Stadt Graz von der Bundesregierung ein. Als Sofortmaßnahme soll sie die Indexierung der Mieten in allen Wohnungen aussetzen.



„Die Wohnkosten stellten schon bisher für viele Menschen eine hohe Belastung dar. Diese Situation wurde in den letzten zwei Jahren durch die hohe Inflation und die Teuerungen etwa im Energiebereich noch einmal drastisch verschärft“, betont KPÖ-Klubobfrau **Christine Braunerreuther** in ihrem Dringlichen Antrag, der mit den Stimmen

von KPÖ, Grünen, SPÖ und (Korruptions-) Freien angenommen wurde – nur ÖVP, NEOS und FPÖ stimmten dagegen.

Während bei den Energiekosten vom Bundesgesetzgeber zum Teil Erleichterungen geschaffen wurden (etwa bei Stromkosten), herrscht bei den Mieten dringender Handlungsbedarf. Menschen, die auf dem freien Wohnungsmarkt mieten, haben zum Teil innerhalb weniger Monate mehrere Mieterhöhungen erhalten – und das auch dann, wenn für Vermieter:innen keine erhöhten Kosten, wie etwa durch gestiegene Preise für Baumaterial für Renovierungen angefallen waren.

GBG sucht Tierpat:innen am Lustbühel



FOTO: STADT GRAZ/FISCHER

Vieles wir neu am Lustbühel in Graz-Waltendorf. So halten etwa alte Tierrassen Einzug. „Die ersten neuen Bewohner sind schwarze Bergschafe“, freut sich Liegenschaftsstadtrat

Manfred Eber (KPÖ). Für die süßen Vierbeiner vergibt die GBG auch Patenschaften.

Infos unter: 0316 872-8600 oder gbg@gbg.graz.at

Mehr Geld für wichtige Fraueneinrichtungen

Nicht nur Gewalt, auch schlechtere Bezahlung, geringere Pensionen und die Hauptlast bei der unbezahlten Haus- und Fürsorgearbeit sind Probleme, mit denen Frauen immer noch konfrontiert sind. „Mir ist es wichtig, dass die Angebote und Leistungen für Frauen und Mädchen in Graz gut abgesichert sind“, sagt Bürgermeisterin **Elke Kahr**. Darum wurden Basisförderungen für 18 wichtige Fraueneinrichtungen für 2023 mit einer Gesamtsumme von 708.700 Euro beschlossen.

Die geförderten Vereine leisten einen wesentlichen Beitrag für mehr Gleichberechtigung von Frauen in unserer Gesellschaft. Die Einrichtungen bieten Beratung, Förderung und Bildung, betreiben Forschung und Wissenstransfer, helfen bei sexualisierter Gewalt, begleiten bei der Integration, leisten Präventionsarbeit gegen Sexismus und Gewalt, stärken Frauen für Führungspositionen oder beraten sie in rechtlichen, psychologischen, Arbeits-, Sozial- und Gesundheitsfragen.

Taxikostenzuschuss

Seit 1987 gibt es im Sozialamt die freiwillige Leistung eines Taxikostenzuschusses für mobilitätseingeschränkte Menschen. Dieser Zuschuss bietet Grazer:innen, die aufgrund ihrer Beeinträchtigung keine öffentlichen Verkehrsmittel nutzen können, eine Möglichkeit ihre Mobilität zu

steigern. Im Vorjahr waren rund 850 Personen für diesen Zuschuss berechtigt, mit dem bis zu sechs Fahrten pro Monat möglich sind. Auch für dieses Jahr wird mit einer ähnlich großen Personengruppe gerechnet, die für den Taxikostenzuschuss anspruchsberechtigt ist.

Nach WIKI-Schließung: Betreuung gesichert

Mitte Dezember 2022 wurden Eltern von Kindern in der WIKI-Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtung (KBBE) Johanna-Kollegger-Straße darüber informiert, dass wegen schwerwiegenden Problemen in den Rohr- und Kanalsystemen des Gebäudes eine Totalsanierung notwendig ist. Darum werden die Kindergarten- bzw. Kinderkrippengruppen am Standort im September 2023 geschlossen. Als Alternative für das kommende Betreuungsjahr wurde den Eltern die WIKI-KBBE in der Wagner-Biro-Straße angeboten, bei der sie bevorzugt aufgenommen werden würden. Weiters hieß es, dass auch das gesamte Kindergartenteam dorthin mitübersiedeln würde, worüber die Mitarbeiter:innen aber noch nicht, bzw. nur teilweise informiert waren. Ein Austauschtreffen zwischen WIKI und den Eltern sorgte für mehr Verunsicherung, da



es doch keine Garantie für einen Betreuungsplatz in der Waagner-Biro-Straße gibt und auch keine Wiedereröffnung der alten KBBE nach der Sanierung geplant sei.

„Die betroffenen Eltern und ihre Kinder werden damit vor große soziale, wirtschaftliche und nicht zuletzt pädagogische Probleme gestellt, die es zu lösen gilt“, sagt KPÖ-Bildungssprecherin **Mina Naghibi**.

Auf Nachfrage bei ÖVP-Bildungsstadtrat **Kurt Hohensinner** wurde versichert, dass die betroffenen Kinder für das Betreuungsjahr 2023/24 mittlerweile versorgt seien.

„Ich bin froh, dass sich für die Kinder eine Lösung gefunden hat. Ich hoffe, dass das auch für das betroffene Personal gilt. Wir werden jedenfalls nicht lockerlassen und uns weiter für Verbesserungen im Kinderbildungs- und -betreuungsbereich einsetzen“, betont Naghibi.

»Stille Stunde« für Autist:innen

Reizüberflutung stellt für Menschen mit Autismus eine der größten Herausforderungen im täglichen Leben dar. „Was im eigenen Umfeld meistens ganz gut gelingt, ist aufgrund der mangelnden Mitgestaltungsmöglichkeiten in öffentlichen Räumen aber ein Problem. Vor allem der Einkauf im Supermarkt stellt für viele Autistinnen und Autisten eine immense Herausforderung dar“, weiß KPÖ-Inklusionssprecher **Philipp Ulrich**.

Darum setzt er sich in Graz für eine „Stille Stunde“ in Supermärkten ein. An einem



Wochentag ist für zwei Stunden der Einkauf ohne Deckenbeleuchtung, Musik und Durchsagen speziell für Autist:innen möglich. Davon profitieren auch andere Menschen, die wegen der täglichen Belastungen ein besonderes Ruhebedürfnis haben.

„In der Schweiz und Deutschland hat man schon gute Erfahrungen mit dieser Form des stressfreien Einkaufs gemacht. Auch Graz sollte, als Stadt der Menschenrechte und Zugpferd im Bereich der Inklusion, hier aufspringen“, sagt Ulrich.

Formulare in einfacher Sprache



FOTO: KELLY SIKKEMA/UNSPLASH

Im Alltag haben Menschen mit Behinderungen oder Lernschwierigkeiten ein besonders breites Spektrum an unterschiedlichen Unterstützungsbedarf. Manche benötigen eine Vollzeitbetreuung, andere wiederum leben sehr selbständig.

„Ihnen sollten benötigte Informationen in einfacher Sprache zur Verfügung gestellt werden. Das hilft den Betroffenen, Inhalte schneller zu erfassen und das Gelesene gegebenenfalls gleich in die Tat umzusetzen“, sagt KPÖ Inklusionssprecher **Philipp Ulrich**.

Im Sozialportal des Landes Steiermark oder dem Behinderntenbeirat der Stadt Graz werden Dokumente schon in solchen

Formaten angeboten. Der Lebensalltag umfasst allerdings sehr viel mehr: Sie heiraten, fahren auf Urlaub, ziehen um, gehen in die Kirche oder treten aus dieser aus. Für manche dieser Tätigkeiten benötigt es viele Seiten an Anträgen.

„Gerade hier können wir ihnen als Stadt Graz unsere Hilfe anbieten und die Formulare so gestalten, dass Menschen mit Lernschwierigkeiten sie selbständig und ohne Unterstützung ausfüllen können“, sagt Ulrich. Das Bürger:innenamt wird nun prüfen, welche Formulare besonders geeignet sind, um sie zusätzlich in einfacher Sprache für Menschen mit Lernschwierigkeiten anzubieten.

Gemeinderatssitzung am 19. Jänner

FÜR SIE BESCHLOSSEN

- ✓ Die Stadt Graz fordert die Bundesregierung auf, **Mieter:innen** finanziell zu entlasten.
- ✓ Im Bürger:innenamt sollen **Formulare einfacher** werden.
- ✓ Reininghaus bekommt einen **22.000 m²** großen neuem **Bezirkssportplatz**.
- ✓ Eine **Boccia-Bahn** wird am Bezirkssportplatz Reininghaus errichtet.

KPÖ

Aus »Jahreskarte Graz« wird Klimaticket Steiermark

Mit Juli steht Jahr für Jahr die Teuerung der Öffi-Tickets des steirischen Verkehrsverbundes an. Auf die vertraglich festgelegte Indexierung hat die Stadt Graz keinen Einfluss. Für die Jahreskarte Graz würde das eine Anhebung auf etwa 360 Euro bedeuten.

Stadt Graz reformiert Karten-Angebot

In der Stadt antwortet man darauf mit einer grundlegenden Reform des Karten-Angebots und ersetzt mit März die bisherige Grazer Jahreskarte durch das Klimaticket Steiermark. Damit wird einerseits das Tarifsystem vereinfacht und andererseits ein weiterer Anreiz für Grazer:innen geschaffen, auf öffentliche Verkehrsmittel im Alltag umzusteigen.

Mehrwert des Klimatickets

Die Umstellung auf das Klimaticket bietet bei einer Preisdifferenz von nur 8 Euro zum geförderten Jahresticket einen gewaltigen Mehrwert: Grazer:innen können mit dem Klimaticket nicht nur im Gra-



(FOTO:KK)

Mit März 2023 ersetzt das Klimaticket Steiermark die bisherige Jahreskarte Graz. Alle Infos dazu unter: holding-graz.at

zer Stadtgebiet und der Zone 101 mit allen Öffis fahren, sondern auch das Öffi-Netz in der gesamten Steiermark nutzen. Bei weiteren Reisen, wie zum Beispiel bei einer Fahrt nach Wien, spart man sogar Geld, denn das Klimaticket gilt bis zur steirischen Landesgrenze. Man zahlt also nur noch für die Strecke nach dem Semmering.

„Mit dieser Reform gelingt uns ein großer Schritt zur Vereinfachung des bisherigen Zonentarifsystems. Damit wollen wir noch mehr Leuten den

Umstieg auf den öffentlichen Verkehr schmackhaft machen“, erklärt KPÖ-Finanzstadtrat **Manfred Eber**.

Was bedeutet das für Umsteiger:innen?

Für Umsteiger:innen von der bisherigen Verbund-Jahreskarte wird es unkomplizierte Lösungen geben: Die Jahreskarte Graz wird – automatisch und ohne Aufpreis – zum Klimaticket Steiermark aufgewertet und behält bis zum Ende ihrer Laufzeit ihre Gültigkeit.

SozialCard Mobilität bleibt erhalten

Auch wenn das Klimaticket Steiermark die Jahreskarte Graz mit 1. März ablösen wird, bleibt die SozialCard Mobilität erhalten. Wer eine SozialCard besitzt, kann sie weiterhin um 50 Euro erwerben und damit die öffentlichen Verkehrsmittel der Holding Graz Linien ganzjährig benützen. „Mobilität ist ein Grundbedürfnis und muss auch für Menschen mit kleinen Einkommen und Pensionen bezahlbar bleiben. Das ist damit gewährleistet“, betont Bürgermeisterin **Elke Kahr**.

FÖRDERUNG NEU

Das Klimaticket Steiermark wird nach einer Übereinkunft zwischen Bund und Land künftig 468 Euro (statt bisher 504) kosten, die ermäßigte Variante um 351 Euro (statt bisher 441).

Die Stadt Graz gewährt eine zusätzliche Zuzahlung von 100 Euro bzw. 75 Euro, bei der ermäßigten Karte. Grazer:innen können also das Klimaticket um 368 Euro bzw. ermäßigt um 276 Euro erwerben.

Neuer Bezirkssportplatz für Reininghaus

In Graz gibt es derzeit 38 öffentliche Sportflächen bzw. Bezirkssportplätze. Im Stadtteil Reininghaus kommt nun ein neuer dazu. Bis zum Schulbeginn 2024 wird mit einer Gesamtfläche von rund 22.000 m² sogar der Größte von Graz gebaut. „Besonders positiv ist dabei, dass es eine Kooperation



mit dem Schulcampus zur gemeinsamen Nutzung gewisser Sportflächen geben wird“, freut sich KPÖ-Planungssprecher **Christian Sikora**. Neben Plätzen für Handball, Tennis, Basketball und Beachvolleyball wird es dort auch Grünflächen mit Rodelhügel und Spielwiesen geben.

Bocciabahn für Senior:innen

Bereits im Juli 2020 hat sich BKPÖ-Gemeinderat **Kurt Luttenberger** dafür eingesetzt, dass im Grazer Südwesten Möglichkeiten für romanische Wurfballsportarten wie Boule, Boccia und Pétanque geschaffen werden. Vom Sportamt gab es danach die Auskunft, dass bereits Kon-



takt mit den Senior:innenbüro aufgenommen wurde und an einem entsprechenden Angebot gearbeitet werde. Nach nochmaligem Urgieren bei Sportstadtrat **Kurt Hohensinner** steht nun fest, dass am neuen Bezirkssportplatz Reininghaus auch eine Bocciabahn errichtet wird.